

Haushaltsrede 2007

CDU-Fraktion --- 14. Juni 2007

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
Herr Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Presse!

Die Haushaltsberatungen 2007 hatten für uns alle Premierencharakter. Neben Everswinkel und Wadersloh ist Ostbevern die dritte Gemeinde im Kreis Warendorf, die ihren Haushalt nicht mehr nach kameralen Grundsätzen verabschiedet, sondern sich am „Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF)“ ausrichtet, dem eine kaufmännische Betrachtungsweise zugrunde liegt. Das Denken in Haushaltsstellen innerhalb des Vermögens- und Verwaltungshaushaltes, hier gegliedert in Einnahmen und Ausgaben gehört der Vergangenheit an. Stattdessen bestimmen Erträge und Aufwendungen innerhalb der für Ostbevern relevanten Produktgruppen das geplante Haushaltergebnis.

Das neue Finanzmanagement erfordert ein Umdenken bei allen Damen und Herren des Rates. Konnten sie sich in der Vergangenheit über Sinn und Zweck einzelner Positionen auseinandersetzen, so ist es zukünftig ihre Aufgabe, Zielvorstellungen zu formulieren und wenn möglich die daraus resultierenden Ergebnisse zu definieren. Es geht nicht mehr um die reine Planung von Einnahmen und Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr, sondern darum, die Vermögensentwicklung der Gemeinde unter Berücksichtigung von Investitionen und des Werteverzehrs in Form von Abschreibungen aufzuzeigen. Bei dieser ganzheitlichen Betrachtungsweise haben wir als Rat zukünftig im Laufe eines Haushaltsjahres mehr Controllingaufgaben wahrzunehmen, was zur Folge haben wird, dass uns die Verwaltung über wesentliche Abweichungen innerhalb der einzelnen Produktgruppen informiert. Wir gehen davon aus, dass nach Einführung von NKF in allen Kommunen ein aussagefähiges Berichtswesen mit EDV-Unterstützung ohne großen Verwaltungsaufwand möglich sein wird. Gleiches gilt für die Entwicklung von Kennzahlen, die einen Vergleich der jeweiligen Produktkosten mit anderen Gemeinden zulassen.

Ein solcher Systemwechsel erfordert nicht nur ein Umdenken bei uns Ratsmitgliedern, sondern auch die Damen und Herrn der Verwaltung mussten sich mit dem neuen System vertraut machen und die „Schulbank“ drücken. Wir können bestätigen, dass sich alle gut in das neue System eingearbeitet haben. Besonders danken wir Herrn Schindler und seinem Team für unsere Einarbeitung in das NKF. Sie haben durch ihre Erklärungen bei uns die Grundlagen gelegt für die Arbeit mit dem neuen Finanzmanagement. Die Vorbereitung der Verwaltung für die Veranstaltung „Bürgerhaushalt“ waren exzellent und arbeitsintensiv. Wir bedauern jedoch, dass außer den Mitarbeitern der Verwaltung und den Mitgliedern des Rates nur wenig Interesse seitens der Bürgerschaft zu erkennen war.

Wir verstehen den Haushalt 2007 als sogenannten „Übungshaushalt“ für alle Beteiligten, was auch die verspätete Verabschiedung begründet. Es dürfte uns allen klar

sein, das für die zukünftigen Haushaltsjahre Haushaltsklarheit wieder am Anfang des jeweiligen Haushaltsjahres bestehen muss, Nur so kann sichergestellt werden, dass die Aktivitäten der Gemeinde durch eine eindeutige Haushaltslage auch politisch abgesichert sind.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Produkten, auf die wir unser besonders Augenmerk gerichtet haben und die für uns als CDU-Fraktion besonders wichtig waren.

Wir alle sind froh, dass die gemeindlichen Zuwendungen an Vereine im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich entsprechend der Vergaberichtlinien auf dem bisherigen Niveau beibehalten werden konnten. Der letzte Prüfungsbericht des Gemeindeprüfungsamtes bescheinigte der Gemeinde Ostbevern mit diesen freiwilligen Zuwendungen über dem Landesdurchschnitt zu liegen und zeigte hier Einsparpotenzial auf. Aus unserer Sicht ist dieses den Vereinen zur Verfügung gestellte Geld eine gute Investition, die in keiner Weise die Leistung der ehrenamtlich tätigen Damen und Herren aufwiegt. Uns ist bewusst, dass eine Vielzahl von diesen ehrenamtlichen Aktivitäten auf die Gemeinde zukommen würden, wenn die Bereitschaft zur Mithilfe und zum Mitmachen nicht vorhanden wäre. Für das hervorragende Engagement danken wir allen Ehrenamtlichen recht herzlich. Es ist darüber hinaus ein Indiz, dass in Ostbevern der Sinn für das Gemeinwohl recht ausgeprägt und die Identifizierung mit unserem Gemeinwesen sehr groß ist.

Die Schullandschaft in Ostbevern gerät in Bewegung. Nach der Schaffung der Offenen Ganztagschule an der St.- Ambrosius-Grundschule hat der Rat im März 2007 die Einrichtung einer eigenständigen Gruppe an der Franz-von-Assisi-Grundschule beschlossen. Dies schlägt sich bereits im Haushalt 2007 mit Ansätzen für notwendige Umbaumaßnahmen an der Franz-von-Assisi-Grundschule und bei den Betreuungskosten für die außerunterrichtlichen Angebote nieder. Wenn zur Offenen Ganztagschule für das Schuljahr 2008/2009 mindestens 75 Schülerinnen und Schüler angemeldet werden, so müssen zusätzliche Räumlichkeiten an der Franz-von-Assisi-Grundschule geschaffen werden.

Die CDU-Fraktion sieht in der Erweiterung des Angebotes einen wichtigen Schritt, Schulkindern, deren Eltern beide berufstätig sind, eine gesicherte Betreuung zu bieten. Dabei legen wir großen Wert darauf, dass Betreuung nicht im Sinne von „Verwahren“ verstanden wird. Die Förderung der Kinder im fachlichen, musischen oder sportlichen Bereich muss dabei im Vordergrund stehen, um den Kindern Hilfen und Unterstützung für den weiteren schulischen und persönlichen Werdegang zu geben. Auch innerhalb unserer Fraktion wurde die Frage aufgeworfen, ob das Elternhaus diese Aufgaben nicht besser oder sinnvoller übernehmen könne. Diese Frage ist nicht entscheidend, sondern vielmehr die Tatsache, dass viele Eltern aus wirtschaftlichen Zwängen heraus gemeinsam für den Lebensunterhalt arbeiten müssen. Es ist deshalb unsere Pflicht, ihnen die Sorgen um die weitere Entwicklung ihrer Kinder tragen zu helfen. Auch wird es bei unserer sich abzeichnenden demografischen Entwicklung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs notwendig sein, dass sich gut ausgebildete junge Frauen nach der Geburt ihrer Kinder auch beruflich engagieren, ohne ein schlechtes Gewissen haben zu müssen. Darüber hinaus behalten die jungen Mütter und Väter Anschluss an die rasante Entwicklung innerhalb ihres Berufes und auch die sozialen Kontakte bleiben erhalten.

Wenn wir als eine der jüngsten Gemeinden in NRW das „Ja“ zum Kind weiterhin fördern wollen, ist es nur konsequent, Betreuungsangebote für Kinder junger Familien zu machen. Wichtig dabei ist jedoch, dass Bund und Land Finanzierungsmodelle erarbeiten, die den Kommunen nicht zu große Lasten aufbürden.

In der Plenumsitzung des Familienbündnisses am 06. 03. 2007 wurde angeregt, mit einem „Sozialfond“ auch Kindern aus wirtschaftlich schwachen Familien die Möglichkeit zu geben, am Mittagstisch teilzunehmen. Hier können die mit der außerunterrichtlichen Betreuung beauftragten Institutionen entscheiden, welchen bedürftigen Schülerinnen oder Schüler Unterstützung gewährt wird. Die SPD-Fraktion hat den Auftrag des Familienbündnisses mit einem eigenen Antrag aufgegriffen und wir sahen gute Gründe, im Haushalt 2007 die geforderten € 2500,-- einzustellen.

Wir sind froh, dass unsere Landesregierung nun den Weg freimachen will für die Erweiterung unserer Hauptschule um einen Realschulzweig in der Organisationsform einer Verbundschule. Wir hoffen, dass noch die letzte Voraussetzung, d. h. das Einverständnis der Stadt Telgte, erfüllt werden kann. Wir werden als CDU-Fraktion alles tun, die Schullandschaft durch ein Realschulangebot zu bereichern. Bei der Entwicklung eines Konzeptes für den Schulbetrieb wird uns die Uni Münster unterstützen. Am Ende dieses Prozesses muss ein Ergebnis stehen, das die Eltern überzeugt, ihre Kinder zur Realschule / Verbundschule in Ostbevern anzumelden. Damit die notwendigen Baumaßnahmen ebenfalls pünktlich auf den Weg gebracht werden können, wurden für Planungskosten auch auf unseren Antrag hin € 10.000 eingestellt und wir erklären bereits heute unsere Bereitschaft, Beschlüsse bzgl. der erforderlichen Gemeindemittel fürs Haushaltsjahr 2008 bei Realisierung dieses neuen Schulmodells zu unterstützen.

Das Familienbündnis Ostbevern ist erfolgreich auf den Weg gebracht und hat bis heute unsere Gemeinde wertvolle Arbeit geleistet und Impulse ausgelöst, die nicht nur unseren Bürgerinnen und Bürger sondern auch der örtlichen Wirtschaft von Nutzen sein können. Beispielhaft sei hier die Berufsbildungsmesse in der Hauptschule genannt. Um diese Arbeit weiterführen und Aktionen planen zu können, muss das Familienbündnis nach der Anschubfinanzierung wissen wie es weitergeht. Deshalb war es für uns wichtig, in die Finanzplanung 2008 einen Betrag von € 20.000 vorzusehen.

Die Aufwendungen für Kindergärten, Jugendarbeit, Kinderspielplätze und Sportanlagen erachten wir als angemessen und auskömmlich. Wir sahen deshalb auch keine zwingende Notwendigkeit, dem Antrag der FDP-Fraktion zur Ergänzung der Skateranlage mit neuen Spielgeräten sowie dem Bau eines Unterstandes für Jugendliche an dieser Anlage zuzustimmen.

Aufgrund der absehbaren Änderung in der Kindergartenfinanzierung ab 2008 werden wir jedoch bei Verabschiedung des Haushaltes für das nächste Jahr die aus dem Kindergartenbildungsgesetz resultierenden Änderungen umsetzen müssen.

Auch die geplante Westumgehung findet Eingang mit den für dieses Jahr erforderlichen Planungskosten in den Haushalt. Das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger bei der Einwohnerversammlung hat gezeigt, dass auch hier akuter Handlungsbedarf gesehen wird.

Das Verkehrsaufkommen aus dem Kreis Steinfurt ist in den letzten Jahren stark gestiegen und wird nach dem Bau der Anbindung an die Autobahn noch weiter steigen. Dieses Verkehrsaufkommen belastet schon heute die innerörtlichen Erschließungsstraßen, insbes. Wischhaus- und Engelstraße, erheblich. Die erwarteten Zuwächse aber sind nicht mehr zu verkraften und den Anliegern nicht zuzumuten. Deshalb muss die Westumgehung dringend, d. h. kurzfristig, realisiert werden

Die Frage der Trassenführung sowie die Flächennutzung im Umfeld der Straße berührt, wie die Diskussion gezeigt hat, die Interessen einzelner Bürger besonders, die erhebliche Nachteile für sich und ihr Wohnumfeld sehen. Wir haben Verständnis für diese Befürchtungen, müssen aber bei der Auflösung der Probleme Einzel- und Allgemeininteressen gegeneinander abwägen. Unsere Entscheidung wird dabei auch durch die Faktoren Störungspotenzial, Umweltbelange und problemloser, einvernehmlicher Grundstückserwerb beeinflusst. Die favorisierte Trassenführung erfüllt zu einem großen Teil diese Kriterien. Sinnvoll und notwendig für die langfristige Entwicklung Ostbeverns ist aber auch eine parallel dazu laufende Bauleitplanung, ohne die, und da sind wir uns sicher, der reibungslose Grunderwerb für die eigentliche Westumgehung erst ermöglicht wird. Die Ausweisung weiterer Wohn- und Gewerbeflächen sichert jungen Familien erschwingliches Bauland und Gewerbetreibenden bzw. Existenzgründern optimale Rahmenbedingungen für Betriebserweiterungen oder Neugründungen. Das schafft Arbeitsplätze und auf Dauer auch zusätzliche Steuereinnahmen, die dazu beitragen, das Leistungsangebot im freiwilligen Bereich für unsere Bürgerinnen und Bürger beizubehalten und ggf. auszubauen. Unsicher erscheint es uns jedoch, ob die Haushaltsansätze für Grundstückserwerb bzw. –verkauf in 2007 in der geplanten Höhe erreicht werden.

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Harmonisierung der Geschwindigkeitsregelungen im Innerortsbereich haben wir die Frage aufgeworfen, ob für die notwendige Beschilderung Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssten. Wir haben uns bei Stellung dieser Frage bereits festgelegt, dass wir die Beibehaltung des „Verkehrsberuhigten Bereiches“ aufrecht erhalten wollten, wenn durch die zuständige Behörde die Genehmigung erteilt wird, die angrenzenden Straßen zum „Verkehrsberuhigten Geschäftsbereich“ mit 20 km/h erklären zu können. Sollte eine solche Regelung nicht genehmigungsfähig sein, so war und ist uns eine einheitliche Regelung, d. h. „Verkehrsberuhigter Geschäftsbereich für den gesamten Innerortsbereich“ wichtig. Das Straßenverkehrsamt des Kreises als Genehmigungsbehörde lehnte jedoch die von uns favorisierte Lösung ab, indem sie für die angrenzenden Bereiche lediglich 30-km/h-Zonen als genehmigungsfähig ansah. Weitere Gründe, die uns zur Aufgabe des „Verkehrsberuhigten Bereiches“ veranlassten, können wie folgt zusammengefasst werden:

- Verkehrsteilnehmer werden mit einheitlicher Tempo-20- Zonen-Regelung weniger belastet, da kein Anpassen auf ständig wechselnde Verkehrsregelungen erforderlich ist. Somit können sie sich voll auf das Verkehrsgeschehen konzentrieren. Dies ist besonders für den nicht ortskundigen Verkehrsteilnehmer besonders wichtig!
- Übersichtliche Beschilderung.
- Klare Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 20 km/h, die durch Messungen kontrolliert werden können.
- Rechts vor Links-Regelungen reduzieren das Fahrtempo.
- Die Verkehrsteilnehmer in den angrenzenden Straßen bekommen eine größere Sicherheit, denn es ist nicht einzusehen, das z. B. ein Fußgänger auf der

Hauptstraße in Höhe der Ratsschänke oder dem Altenheim höheren Geschwindigkeiten und den damit verbundenen Gefahren ausgesetzt wird als wenig weiter vor dem Rathaus.

- Keine zusätzlichen Umbaumaßnahmen, z. B. Aufpflasterungen zur Geschwindigkeitsreduzierung, erforderlich, nur Anpassung der Beschilderung.

Nach wie vor sieht die CDU Fraktion den „Anrufliniendienst“ als Angebot an den Bürger an, ihn zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel im Interesse der Umwelt zu motivieren. Dies ist seit Bestehen des ALD auch gelungen. Die Zahl der Beförderungen stieg seit 1997 um ca. 150 %. Leider sind im gleichen Zeitraum auch die Kosten um ca. 120 % gestiegen, weshalb wir die Verwaltung beauftragt haben zu prüfen, ob durch Einsatz von Bussen und ggf. Zusammenfassung von Touren morgens und abends eine Kostenoptimierung erreicht werden kann, damit der Anrufliniendienst langfristig für die Gemeinde finanzierbar bleibt.

Wie in den Vorjahren wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen von der FDP-Fraktion der Wirtschaftwegebau angesprochen. Wir als CDU-Fraktion haben die Notwendigkeit einer Beteiligung der Anlieger im Außenbereich nie in Frage gestellt, wollen aber eine Lösung, die von den Betroffenen, in der Regel Landwirte, akzeptiert wird und die sie nicht wirtschaftlich überfordert. So sind wir in Diskussionen mit landwirtschaftlichen Vertretern zu der Überzeugung gelangt, dass mit einem „Solidarfond“ in der Organisation eines Zweckverbandes oder einer Genossenschaft die Belastungen als wirtschaftlich verkraftbar gestaltet werden können und eine Einbeziehung der Betroffenen in den Entscheidungsprozeß die Akzeptanz erhöhen würde. Hier wird die Verwaltung prüfen, ob solche Modelle rechtlich möglich sind. Einer kurzfristigen Beratung zur Lösung des Problems, wie von Herrn Bürgermeister Hoffstädt angekündigt, werden wir uns stellen. Die Gespräche mit der Landwirtschaft werden wir fortsetzen, um gemeinsam zu einem auch für unsere Landwirte akzeptablen Ergebnis zu kommen.

Auf alle gestellte Anträge und Anfragen möchte ich nicht im Detail eingehen. Einige wurden zurückgezogen, einige auch von uns abgelehnt.

So konnten wir z. B. einem Antrag der Grünen nicht folgen, in dem für den Bau klimaschonender Häuser ein Nachlass auf den Grundstückspreis gegeben werden sollte, obwohl im gleichen Antrag zugestanden wurde, dass sich die Mehrkosten bereits nach wenigen Jahren amortisieren.

Der SPD bescheinigen wir, mit ihren Anträgen teilweise eine kostenträchtige Bürokratisierung in Gang zu setzen oder für die Vergabe von Aufträgen ethische und nicht überprüfbare Grundsätze aufzustellen. So kann eine Verwaltung nicht effizient arbeiten, weshalb wir derartige Anträge ablehnen müssen.

An dieser Stelle wollen wir aber auch klarstellen, dass die CDU-Fraktion ökologischen Belangen immer einen hohen Stellenwert eingeräumt hat und auch zukünftig einräumen wird, was durch die Auszeichnungen der Gemeinde sichtbar unter Beweis gestellt wurde. Haushaltsmittel für eine Energiesparprogramm einzuplanen, das in diesem Jahr aus zeitlichen Gründen ohnehin nicht mehr realisiert werden kann, brauchen wir nicht zum Beweis unserer positiven ökologischen Grundeinstellung. Wir werden auch zukünftig umweltrelevante Belange bei unseren Entscheidungen im

Focus behalten. Aber es ist auch unsere Pflicht, dabei das Machbare und wirtschaftlich Sinnvolle nicht aus den Augen zu verlieren.

Der Haushalt 2007 beinhaltet erfreulicher Weise wieder keine Kreditaufnahmen. Die Ansätze für Investitionen sind realistisch und bedarfsgerecht.

Die Personalaufwendungen und der Stellenplan machen deutlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde effizient und zielorientiert arbeiten und sich mit ihren Aufgaben identifizieren. Für den gezeigten Einsatz und die gute vertrauensvolle Zusammenarbeit möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an dieser Stelle im Namen der CDU-Fraktion herzlich danken.

Nun noch einige kritische Anmerkungen, die im Neuen kommunalen Finanzmanagement und durch die Einführungsphase begründet sind:

Die Eröffnungsbilanz muss den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden, damit wir uns einen Überblick über das Gemeindevermögen und die daraus resultierenden Abschreibungen (1.475 T€ in 2007) verschaffen können. Diese Abschreibungen und die nunmehr vorgeschriebene Ausweisung des Aufwandes für Pensionen belasten den Haushalt erheblich. Wie sich das auf Dauer auf die Gemeindefinanzen auswirken wird, müssen wir intensiv beobachten.

Die weitere Entwicklung der Ausgleichsrücklage gibt Anlass zur Sorge, da der Ansatz der Eröffnungsbilanz 2007 am Ende des Geschäftsjahres bereits um ein Drittel aufgezehrt ist. Das bedeutet, dass wir die Ertragskraft der Gemeinde stärken und alle Aufwendungen kritisch nach Einsparmöglichkeiten durchleuchten müssen.

Wie bereits angemerkt ist es uns wichtig, zukünftig den Haushalt jeweils zu Beginn eines Haushaltsjahres zu ratifizieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass mit der Haushaltsaufstellung auch politische Akzente gesetzt werden. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Gesamtsituation der Gemeinde Entscheidungen getroffen werden, die uns später unseren politischen Gestaltungsspielraum einengen oder sogar nehmen.

Über die Entwicklung der Steuer- und Abgabensätze sollte wie bisher pro Quartal dem Rat berichtet werden.

Wie ich eingangs ausführte, betrachten wir den Haushalt 2007 als „Übungshaushalt“. Seine Entwicklung im Laufe des Haushaltsjahres werden wir intensiv beobachten und dabei hoffentlich NKF-Erfahrungen für zukünftige Haushaltsberatung sammeln können.

Ihnen, Herr Hoffstädt, danken wir für die gute vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit in der zurückliegenden Zeit.

Der Haushalt 2007 beschränkt sich auf das Notwendige und Machbare. Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2007 mit den in den Beratungen vorgenommenen Änderungen zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sperrfrist: Donnerstag, 14. Juni 2007, 18.00 Uhr
- Es gilt das gesprochene Wort -